

Briefe

Die Konsequenzen wären für uns fatal

Die EU bleibt unnachgiebig;
BaZ 17. 7. 15

Der EU-Kommissions-Abgeordnete Andreas Schwab sollte mal bedenken, wie es sich auf sein Land auswirken würde, wenn jeweils jährlich über 800'000 Ausländer (zehn Prozent der Bevölkerung von über 80 Millionen Einwohnern) nach Deutschland einwandern würden.

Leider ist zu befürchten, dass dieser EU-Politiker zusammen mit seinen Kommissionskollegen keine Vorstellung von den daraus resultierenden Konsequenzen hat, zumal es nur die kleine Schweiz betrifft (mit einer Einwanderungsrate von zehn Prozent). Die Aussage von Schwab («Personenfreizügigkeit innerhalb des Binnenmarktes») zeigt, wie realitätsfremd er und seine Kumpanen argumentieren: Unsere Schweiz gehört eben nicht zu dem angesprochenen Binnenmarkt...

Markus Keller, Bottmingen

Mehr Entwicklung für die Kernenergie

Selbstkasteiung soll uns retten;
BaZ 17. 7. 15

Vielen Dank für Ihren sehr interessanten Artikel, welcher die Klima-Apokalyptiker auf den Boden zurückholen sollte. Ich hätte dazu noch Folgendes gesagt: In der Schweiz ist die elektrische Energie mit 60 Prozent Wasserkraft und 40 Prozent Kernenergie (Achtung! Elektrische Energie ist nur 40 Prozent des totalen Energieverbrauchs in der Schweiz) optimal dran. Man sollte keine Solar- und Windkraftanlagen subventionieren, welche die CO₂-Bilanz des schweizerischen Stromes nur verschlechtern und verteuern. Anstatt in die unsicheren und schwachen Solar- und Windenergieanlagen sollte Geld in die Entwicklung der praktisch unerschöpflichen, CO₂-freien und dichten Kernenergie gesteckt werden.

Zum Glück wärmt sich das Klima gemäss den Klimamodellen auf. Was wäre, wenn eine Abkühlung der Erde vorausgesagt würde? Eine Erwärmung ist in jedem Fall besser für die meisten Regionen dieser Welt und die nächste Eiszeit kommt bestimmt wieder. Für diese sollten zukünftige Generationen mit Kernenergie gewappnet sein.

Martin Steiger, Uster

Religion und Staat gehören getrennt

Jubel in Teheran, Sorgen am Golf und in Israel; BaZ 18. 7. 15

Auf der Welt existieren verschiedenste Ansichten über religiöse Werte, entstanden aus Traditionen, Fähigkeiten und persönlichem Erleben. Sie wurden zu wertvollen Lebenshilfen.

Im Westen leben verschiedenste Weltansichten oder Konfessionen unter Staatsschutz friedlich nebeneinander. Wenn jedoch die staatliche Rechtsprechung an eine Konfession übertragen ist, werden Menschen, die gegen ihre Regeln leben, streng bestraft. Grausame Todesurteile sind möglich. Wenn konfessionelle Ansichten sich über die anerkannten allgemeinen Menschenrechte und die staatliche Rechtsprechung erheben, wird es für Andersdenkende lebensgefährlich. Der Islam hat, heute noch, diese Form der Rechtsprechung. Er verurteilt Männer, Frauen und auch Kinder anderer Ansichten und gefährdet den konfessionellen Weltfrieden. Erst wenn konfessionelles und staatliches Recht überall getrennt wird, können alle Konfessionen friedlich nebeneinander leben, wie es in Ländern des Westens der Fall ist. Ohne Trennung von Kirche und Staat wird die Welt noch lange auf ein normales Zusammenleben von Sunniten, Schiiten, Juden, Katholiken und anderen warten müssen.

Paul Schärer, Münchenstein

Es dauert alles seine Zeit

Das lästige Stimmvolk; BaZ 16. 7. 15
Markus Melzl beklagt in seinem Beitrag die Nichtumsetzung der vom Volk ange-

Heute vor 49 Jahren



21. 7. 1966: Liebe zum Film. Der amerikanische Sänger, Schauspieler und Entertainer Frank Sinatra (1915–1998) besucht mit seiner neuen Braut Mia Farrow, gerade mal 19 Jahre alt, New York (USA). Die zwei heirateten im gleichen Jahr in Las Vegas. Die Jungschauspielerin ist durch die Serie «Peyton Place» ein nationaler TV-Star geworden. Der grosse Durchbruch in Hollywood gelingt ihr aber erst 1968 mit Roman Polanskis Verfilmung des Bestsellers von Ira Levin (1929–2007) «Rosemary's Baby». Daran scheitert auch die Ehe mit Sinatra. Sie weigert sich, die Dreharbeiten zu «Rosemary's Baby» zu verlassen, um an der Seite ihres Ehemannes einen neuen Film zu beginnen. Die Ehe dauert so nur zwei Jahre und blieb kinderlos. Farrow heiratete noch einmal und ist Mutter von vier leiblichen und zehn adoptierten Kindern. Foto Keystone

nommenen Masseneinwanderungs-Initiative. Es ist schon erstaunlich, was da Markus Melzl zu Papier gebracht hat. Als ehemaliger Kriminalkommissär und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt sollte er eigentlich das Prozedere bei der Umsetzung von Volksinitiativen kennen (Vernehmlassung, Ausarbeitung einer Botschaft durch den Bundesrat, Kommissionsberatungen in beiden Räten, Beratungen im National- und Ständerat, allenfalls die Durchführung eines Differenzbereinungsverfahrens, Schlussabstimmungen, Beachten der Referendumsfrist). Bei der Masseneinwanderungs-Initiative kommt erschwerend dazu, dass die tangierten völkerrechtlichen Verträge mit der EU neu zu verhandeln sind. Laut den von den Initianten festgelegten Übergangsbestimmungen hat der Bundesrat übrigens seit der Annahme des Verfassungsartikels (9. 2. 14) drei Jahre Zeit, um den Verfassungsartikel umzusetzen.

Bruno Krähenbühl, Münchenstein

Die Lösungen sind viel zu einfach

Sommersprossen; BaZ diverse
Jedes Jahr freue ich mich auf die Sommersprossen. Das Aufspüren oder das Erraten der verschiedenen Fragen machte bis anhin immer Spass, aber dieses Jahr ist es viel zu einfach. Man kann alles googeln oder die Antwort steht schon in der sechsten Linie der Sprossenfrage. Schickt uns doch wieder kreuz und quer durch unsere Stadt! Das würde gleichzeitig auch wieder Leben

und eventuell Umsatz bringen! Auf interessante Sommersprossen freuen wir uns doch immer.

Lore Münch-Studer, Riehen

Morin soll sich zum Tattoo bekennen

Pipes, Nubya und die kleinen Teufel am Tattoo; BaZ 18. 7. 15 / Tattoo; BaZ diverse

Dem sonst so umtriebigen und an fast jeder «Hundsverlochete» anwesenden Regierungsrat Guy Morin würde es gut anstehen, sich auch für einmal mit einer Grussbotschaft öffentlich zum Tattoo zu bekennen. Schliesslich ist diese Veranstaltung weit über die Landesgrenze hinaus ein Renner, der abgesehen vom wirtschaftlichen Faktor bestes Marketing für Basel ist.

Aber eben, der Grüne Morin zieht seine persönliche Militärantipathie dem Wohle der Stadt Basel vor. Eine Einstellung, die nicht mit der Würde eines Stadtpräsidenten vereinbar ist.

Karl Waldner, Arisdorf

Das Bild bekommt immer mehr Flecken

Endloses Drama in Griechenland?; BaZ 18. 7. 15

Unglaublich! Ein altgedienter SP-Partei- und Parteichef wettet gegen die EU! Aber das ist eben, was Helmut Hubacher auszeichnet. Lange war sicher auch für ihn die EU ein Zukunftsprojekt, das in Europa Wohlstand, soziale Gerechtigkeit

und Frieden schaffen würde. Im Laufe der Zeit hat dieses Bild auch bei den Befürwortern eines Beitritts Flecken bekommen, aber man war geneigt, solche Makel als Folge der unvermeidbaren Umwälzungen hinzunehmen.

Nun aber ist für Hubacher «dr Zapfen-ab!» Und auch unsere Ständerätin Anita Fetz äusserte sich kürzlich kritisch im Zürcher Fernsehen über die Behandlung von Griechenland durch Brüssel und Angela Merkel. Diesen Äusserungen zweier bedeutender Mitglieder der SP Schweiz hätte ich nichts hinzuzufügen, wenn das Los der Länder wie Portugal, Spanien und Italien nicht grundsätzlich ähnlich schlecht wäre. Sie werden zwar behutsamer behandelt, aber sie kommen trotzdem nicht aus der Schuldenfalle raus.

Edgar Widmer-Gartenmann, Riehen

An unsere Leserinnen und Leser

Wir veröffentlichen Briefe sowie Kommentare, die uns über baz.ch, Facebook (facebook.bazonline.ch) oder Twitter (@bazonline) erreichen. Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank.

http://verlag.baz.ch/leserbrief oder per E-Mail: **leserbrief@baz.ch**
Postadresse: Basler Zeitung, Leserbrief, Postfach 2250, 4002 Basel

Einspruch

Investition wird sich lohnen

Von Mark Eichner

Als mit und ohne Roche-Baustelle glücklicher Bewohner des Wettsteinquartiers muss ich den BaZ-Artikel «Roche-Pläne: Quartier in Aufruhr» (11. 7. 15) doch etwas relativieren: Das Quartier ist keineswegs in Aufruhr, die meisten Bewohner des Wettsteinquartiers schätzen Roche als Nachbarn oder sind gar stolz auf die gewaltige Entwicklung des Unternehmens und dessen Flair für hervorragende Architektur.

Natürlich ist es legitim, seine Interessen als Liegenschaftsbesitzer zu vertreten, wenn man der Ansicht ist, ein geplanter Nachbarschaftsbau beeinträchtigt das Eigentum. Und die Rechtmässigkeit der geplanten Bauten und der zusätzlichen Immissionen auf die Nachbargrundstücke sind von Behörden und Gerichten zu überprüfen respektive zu beurteilen. Kein Verständnis habe ich aber, wenn ohne Grund Einsprache erhoben wird, nur um Sand ins Getriebe zu streuen oder ungerechtfertigte Ansprüche zu stellen.

Die direkten Auswirkungen betreffen nur wenige Anwohner, und ein paar Meter Abstand zur Baustelle können schon entscheidend sein, ob und wie stark man betroffen ist. Ich erinnere mich noch bestens, wie belastend eine jahrelange grosse Baustelle direkt vor der Türschwelle sein kann, als in den 90er-Jahren das Warteck-Areal neu bebaut wurde. Heute wohne ich mit meiner Familie rund 150 Meter vom Roche-Areal und rund 300 Meter vom Bau 1 entfernt; wir hören weder den Baulärm noch leiden wir an Schattenschwurf oder Lichtemissionen. Worauf will ich hinaus?

Laut dem statistischen Amt BS wohnen 5591 Menschen im Wettsteinquartier. Wenn davon 89 Einsprache gegen die weiteren Baupläne von Roche erheben (wovon 83 offenbar eine Vorlage abgeschlossen haben), dann kann nicht wirklich vom «Quartier in Aufruhr» die Rede sein, egal wie laut sich die Baugegner zu Wort melden. Natürlich verfolgen alle im Quartier aufmerksam die Ausbaupläne von Roche; und gewiss machen sich viele Anwohner Gedanken, wie das Quartier diesen grossen Entwicklungsschritt verdauen kann.

Dass Roche zur Erneuerung des Gebäudeparks rund drei Milliarden Franken hier investiert, ist ein Segen für unsere Stadt, ja für die ganze Region und auch für das Wettsteinquartier. Und glaubt jemand tatsächlich, dass ein

Dass Roche zur Erneuerung des Gebäudeparks rund drei Milliarden Franken investiert, ist ein Segen.

Drei-Milliarden-Investment langfristig zu einer Wertminderung der Liegenschaften im Quartier führt?

Ungelöst und entscheidend für das Wohlbefinden im ganzen Quartier sind hingegen die vielen Verkehrsfragen, welche die Verdichtung mit sich bringt, etwa: Wie schaffen wir den Anschluss an die S-Bahn? Soll eine Tramlinie gebaut oder können Elektrobusse eingesetzt werden? Wie erhalten wir zahlbare Parkplätze für die Quartierbewohner? Wie kommen Fussgänger und Velofahrer aneinander vorbei (etwa im Solitude-Park)? Wird mit der Sanierung der Ost-Tangente endlich vorwärtsgemacht, damit es nicht zum Verkehrskollaps kommt?

Hier liegt es in erster Linie an den Verantwortlichen im Bau- und Verkehrsdepartement, (noch fehlendes) Vertrauen in der Quartierbevölkerung zu schaffen. Die Voraussetzungen für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung sind vorhanden, was eine hervorragende Ausgangslage für den Erhalt und die Weiterentwicklung eines der begehrtesten Wohnquartiere der Stadt ist. Für eine quartierverträgliche Lösung der Verkehrsfragen liegt noch viel Arbeit vor uns; packen wir sie an!

Mark Eichner, Basel, ist Advokat und Notar. Er lebt im Wettsteinquartier und sitzt für die FDP Kleinbasel im Grosse Rat.